Stand: 15.12.2025 19:32:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8954

"Grenzübergänge Österreich - Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8954 vom 12.11.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 57 vom 12.11.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/9711 des SO vom 26.01.2016
4. Beschluss des Plenums 17/10105 vom 17.02.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 65 vom 17.02.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 12.11.2015 **Drucksache 17/8954**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Grenzübergänge Österreich – Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, mündlich und schriftlich zu berichten,

– welche Absprachen und Vereinbarungen mit Österreich getroffen wurden, um zu erreichen, dass Flüchtlinge zukünftig nicht mehr stunden- oder tagelang an Grenzübergängen warten müssen;
– nach welchen Regeln die Flüchtlinge von Österreich auf welche unterschiedlichen Grenzübergänge verteilt werden;
– wie in Zusammenarbeit der beiden Länder an den Grenzübergängen ausreichende Schutzmöglichkeiten vor Kälte geschaffen werden;
– inwiefern Österreich und Deutschland bei der Registrierung der Flüchtlinge zusammenarbeiten;
– ab wann die Verkehrskontrollen so durchgeführt werden, dass der Individualverkehr nicht länger in unzumutbarer Weise belastet wird, und ab wann wieder normaler Zugverkehr zwischen München und Salzburg wiederhergestellt wird.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

den sind, an den Realschulen und den Gymnasien unterstützen wollen. Diese Modelle wollen wir im kommenden Schuljahr deutlich ausweiten. Das ist unsere Gesamtkonzeption.

Das momentane System beruht auf den Erfahrungen mit den Flüchtlingsbewegungen der Neunzigerjahre. Damals wurde die Definition der Schulpflicht im jetzigen Umfang und der jetzigen Konfiguration entwickelt. Eine nachhaltige Beschulung und das Einsetzen der Schulpflicht ist danach vorgesehen, wenn ein längerer Verbleib in einer Einrichtung, zum Beispiel einer Gemeinschaftsunterkunft, sicher ist. Dann sollen die Integrationsleistungen möglichst früh einsetzen. Die frühe Begegnung der Kinder mit der deutschen Sprache im Rahmen eines staatlichen Angebots ist jedoch an allen Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern State of the Art.

Frau Kollegin Wild, Sie haben richtigerweise festgestellt, dass es daneben Angebote dritter Träger, zum Beispiel der Inneren Mission oder Ehrenamtlicher, zum Erlernen der deutschen Sprache gibt. Außerdem haben wir in Bayern rund 70 Bildungsregionen, die wir darauf hingewiesen haben, dass die Integration der jungen Flüchtlinge in den allgemeinbildenden Schulen und auf ihrem Weg durch die duale Ausbildung eine Aufgabe ist, die zusammen mit den Experten in den Bildungsregionen in den Landkreisen und kreisfreien Städte angegangen werden sollte. Wir haben des Weiteren die Entwicklungen der Schulpflicht im Hinblick auf die aktuellen Anforderungen im Blick. Die Anforderungen sind heute möglicherweise andere als in den Neunzigerjahren, als die Schulpflicht neu gefasst wurde. Wir werden darauf reagieren. Das ist die momentane Situation. Ich würde das, zumindest in Umrissen, als Konzept bezeichnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Nachdem die CSU jetzt eine namentliche Abstimmung beantragt hat - -

(Heiterkeit bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, dass ich die Pflicht habe, dies so mitzuteilen. Das tue ich hiermit.

(Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Einmal, wenn wir mehr sind!)

Wir können daher erst zu einem späteren Zeitpunkt abstimmen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Wir wären bereit! – Inge Aures (SPD): Wir sind da!)

- Ich auch, Frau Kollegin. - Ich möchte noch bekannt geben, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/8936, 17/8937 und 17/8939 bis einschließlich 17/8941 sowie 17/8953 und 17/8954 in die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen werden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Volkmar Halbleib, Harald Güller u. a. (SPD)
Verlängerung des Erbbaurechts für die Baugenossenschaft Oberwiesenfeld (Drs. 17/8075)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 24 Minuten. Als Erster hat Herr Kollege Dr. Kränzlein das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Antrag geht es nicht nur um ein kleines regionales Anliegen, sondern es geht um die Frage, wie wir mit staatlichen Grundstücken umgehen, die bereits mit Wohnungen bebaut sind und sich im Besitz von anderen Trägern befinden. Es geht darum, wie wir überhaupt mit Grundstücken, die dem Wohnungsbau zugeführt werden sollen, umgehen wollen. Wir können dies sehr gut an dem interessanten Beispiel der Baugenossenschaft Oberwiesenfeld diskutieren. Diese Wohnungsbaugenossenschaft feiert in Kürze ihr hundertjähriges Bestehen. Sie hat im Jahre 1918, in einer Notlage nach dem Ersten Weltkrieg, ein großes Grundstück des Freistaates Bayern erhalten, um der damaligen Wohnungsnot zu begegnen.

In einem Geviert in Schwabing im Bereich der Ackermannstraße und der Deidesheimer Straße wurde ein Wohnblock mit 169 Wohnungen gebaut, der heute zu einem Viertel von Staatsbediensteten bewohnt wird. Die Durchschnittsmiete in diesem Geviert liegt bei 7,40 Euro, was für München geradezu sensationell ist. Bei Alt-Wohnungen liegt die Miete bei 4 Euro. Bei einem Neubezug und einer Totalsanierung im Wert von 100.000 Euro liegt der Mietpreis bei 9,90 Euro.

Diese Erbpacht läuft nun aus. Die Baugenossenschaft Oberwiesenfeld will ihr Grundstück und diese Wohnanlage behalten und weiterführen. Deshalb möchte sie eine Verlängerung der Erbpacht erreichen. Die Verhandlungen mit der IMBY sind gelaufen und waren eigentlich positiv. Die CSU hat jedoch über das Finanzministerium im Haushaltsausschuss einen Stopp verfügt. Der Finanzminister will keine Erbpacht-Verlängerung und auch keinen Verkauf des Grundstücks an die Baugenossenschaft Oberwiesenfeld zu einem verträglichen Preis. Der Freistaat will dieses Wohnbau-Projekt an sich ziehen und die Anlage in der Zu-

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 26.01.2016 **Drucksache 17/9711**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/**8954**

Grenzübergänge Österreich - Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass die Wörter „mündlich und“ durch die Wörter „dem Landtag“ ersetzt werden.

Berichterstatterin: **Christine Kamm**
Mitberichterstatter: **Martin Neumeyer**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 41. Sitzung am 3. Dezember 2015 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 35. Sitzung am 26. Januar 2016 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Joachim Unterländer
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 17.02.2016 **Drucksache** 17/**10105**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**8954**, 17/**9711**

Grenzübergänge Österreich – Bayern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag schriftlich zu berichten,

– welche Absprachen und Vereinbarungen mit Österreich getroffen wurden, um zu erreichen, dass Flüchtlinge zukünftig nicht mehr stunden- oder tagelang an Grenzübergängen warten müssen;

– nach welchen Regeln die Flüchtlinge von Österreich auf welche unterschiedlichen Grenzübergänge verteilt werden;

– wie in Zusammenarbeit der beiden Länder an den Grenzübergängen ausreichende Schutzmöglichkeiten vor Kälte geschaffen werden;

– inwiefern Österreich und Deutschland bei der Registrierung der Flüchtlinge zusammenarbeiten;

– ab wann die Verkehrskontrollen so durchgeführt werden, dass der Individualverkehr nicht länger in unzumutbarer Weise belastet wird, und ab wann wieder normaler Zugverkehr zwischen München und Salzburg wiederhergestellt wird.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Nummer 29 der Anlage zur Tagesordnung. Dies ist der Antrag betreffend "Landesbeauftragten für Tierschutz in Bayern einrichten" auf der Drucksache 17/8959, der auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einzeln beraten werden soll. Der Aufruf erfolgt am Ende der Tagesordnung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlage mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 4. Dezember 2015 (Vf. 11-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans Nr. 185/I „Unterer Wöhrd“ der Stadt Regensburg vom 21. November 1983
PII-G1310-15-0012
Drs. 17/9908 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

   Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Dezember 2015 (Vf. 18-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 82 und 83 Abs. 1 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-I), das zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 24. Juli 2015 (GVBl. S. 296) geändert worden ist
PII-G1310-15-0013
Drs. 17/9909 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

   I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

   II. Der Antrag ist unbegründet.

   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 15. Dezember 2015 (Vf. 20-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 22 Abs. 4 Satz 1 sowie Abs. 5 Sätze 1 und 2 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen sowie des weiteren wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen (Bayerisches Hochschulpersonalgesetz - BayHSchPG) vom 23. Mai 2006 (GVBl. S. 230, BayRS 2030-1-2-K), das zuletzt durch § 1 Nr. 60 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286) geändert worden ist
PII-G1310.15-0015
Drs. 17/9910 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 14. Dezember 2015 (Vf. 19-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 103 Abs. 12 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 528, ber. S. 764, BayRS 2033-1-1-F), das zuletzt durch § 5 des Gesetzes vom 24. Juli 2015 (GVBl. S. 266) geändert worden ist
PII-G1310.15-0014
Drs. 17/9911 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 7. Januar 2016 (Vf. 21-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans „Südlich der Pöltner Kirche II, Teilbereich 1“ der Stadt Weilheim i. OB
PII-G1310.15-0016
Drs. 17/9912 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

6. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 15. Januar 2016 (Vf. 1-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 38 und 40 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl. S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-K), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 22. Mai 2015 (GVBl. S. 167) geändert worden ist
PII-G1310.16-0001
Drs. 17/9913 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

Anträge

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerisches Förderprogramm für dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen
Drs. 17/5498, 17/9789 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Teilzeitarbeit in Werkstätten für behinderte Menschen
Drs. 17/7869, 17/9853 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD
Frauen in Not I - Frauen auf der Flucht
Drs. 17/8303, 17/9708 (A)

Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat beantragt das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Geräuschemissionsgrenzwerte für Laubbläser und Laubsammler einführen
Drs. 17/8405, 17/9713 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

Die SPD-Fraktion hat beantragt das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher u.a. SPD
Endlich Rechtssicherheit und bessere Aufklärung bei der Verabreichung von Medikamenten und Durchführung medizinischer Hilfsmaßnahmen durch Lehrkräfte im Grundschulbereich
Drs. 17/8459, 17/9923 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Neubewertung von Biberschäden im Forstbereich
Drs. 17/8528, 17/9725 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	A

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Freies WLAN in Bayern: Bürgernetze ausbauen und weiter stärken!
Drs. 17/8637, 17/9788 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aufbau eines bayerischen Förderkonzepts „Beratung und Unterstützung von Gewalt betroffenen traumatisierter Flüchtlingsfrauen“
Drs. 17/8638, 17/9709 (A)

Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

15. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Aktuelle Entwicklungen bei der Bekämpfung der Varroa-Milbe
Drs. 17/8670, 17/9726 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u.a. SPD
Modellprojekt „Seiteneinsteiger“ ausweiten
Drs. 17/8713, 17/9928 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

17. Antrag der Abgeordneten Arif Tasdelen, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. SPD
Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse
Drs. 17/8715, 17/9943 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Florian von Brunn, Horst Arnold u.a. SPD
Bericht über unlauteren Wettbewerb und unseriöse Geschäftspraktiken von Inkassodiensten
Drs. 17/8718, 17/9934 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Die Entwicklung der Europaregion Donau-Moldau langfristig unterstützen – Kommunen durch eigene Trägerschaft des Freistaates bei der Vernetzung stärken
Drs. 17/8881, 17/9953 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	A

20. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld, Herbert Woerlein u.a. und Fraktion (SPD)
Anhörung zur Situation der Tierheime in Bayern
Drs. 17/8883, 17/9728 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier, Ingrid Heckner u.a. CSU
Telearbeit bei der bayerischen Polizei
Drs. 17/8902, 17/9933 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Verantwortung für unsere Gewässer I
Drs. 17/8905, 17/9964 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Verantwortung für unsere Gewässer II
Drs. 17/8906, 17/9972 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Verantwortung für unsere Gewässer III
Drs. 17/8907, 17/9965 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU
Bayerische Interessen bei Novellierung der TA Luft wahren
Drs. 17/8920, 17/9729 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	A

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Grenzübergang Simbach-Braunau
Drs. 17/8937, 17/9710 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	ENTH

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Grenzübergänge Österreich - Bayern
Drs. 17/8954, 17/9711 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Kooperation Bayern-Tunesien
Drs. 17/8956, 17/9946 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesbeauftragte/n für Tierschutz in Bayern einrichten
Drs. 17/8959, 17/9730 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

30. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Rückbau und Renaturierung von Skigebieten
Drs. 17/8983, 17/9937 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	A	Z

31. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Auswirkungen von Freizeitverhalten und Sport auf Natur und Umwelt in den bayerischen Alpen
Drs. 17/8984, 17/9731 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	A	Z

32. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Ökologische und geologische Auswirkungen von künstlicher Beschneiung in Bayern
Drs. 17/8986, 17/9732 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	A	Z

33. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD
Mit entwicklungspolitischer Partnerschaft Fluchtursachen bekämpfen
Drs. 17/8990, 17/9955 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Transparenz beim Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan herstellen
Drs. 17/9058, 17/9954 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
FGM-Glukosemesssysteme für Diabetiker
Drs. 17/9062, 17/9973 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Bernhard Seidenath, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Umweltbezogene Allergien bei Kindern
Drs. 17/9063, 17/9733 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

37. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Martin Schöffel u.a. CSU
NERC-Richtlinie machbar ausgestalten
Drs. 17/9093, 17/9966 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

38. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein, Walter Taubeneder u.a. CSU
Bekämpfung von Fluchtursachen
Drs. 17/9151, 17/9956 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Landwirtschaft vor Preisdumping besser schützen - Bundeskartellamt stärker in die Verantwortung nehmen
Drs. 17/9228, 17/9787 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	Z

40. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
Bayerische Lebensmittel sind mehr wert - Dumpingpreise im Lebensmitteleinzelhandel zum Schutz der mittelständischen Strukturen dauerhaft verhindern!
Drs. 17/9258, 17/9786 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

41. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Dr. Florian Herrmann u.a. CSU
Umstrukturierung der Polizeidienststellen in Selb
Drs. 17/9685, 17/9799 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

42. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern Barrierefrei 2023 III – Öffentlichkeitskampagne starten und zentrales Informationsportal einrichten
Drs. 17/6949, 17/9852

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat.

43. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber
Drs. 17/8688, 17/9932

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen,

der den Antrag für erledigt erklärt hat.

44. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Sofortige Aufklärung des Säure-Unfalls in einem Betrieb der Firma Bayern-Ei
Drs. 17/9358, 17/9914

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz,

der den Antrag für erledigt erklärt hat.

45. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
EU-Feuerwaffenrichtlinie
Drs. 17/9528, 17/9962

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport,

der den Antrag für erledigt erklärt hat.

46. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Freisinger Appell umsetzen, Wohnungsnot bekämpfen
Drs. 17/7760, 17/9947 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z